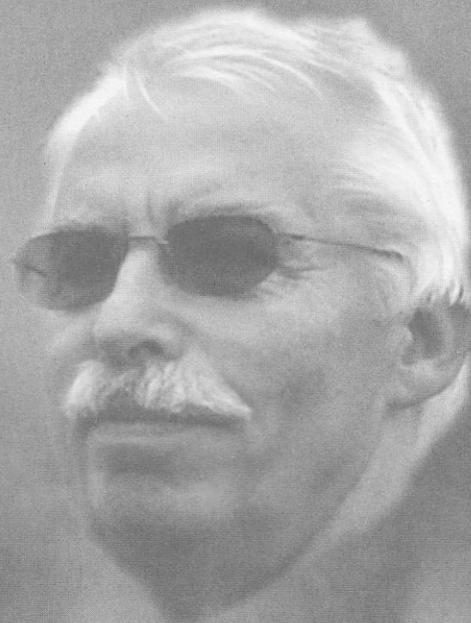




tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 41 · Sommer 2007 · Kostenlos



**„FRANZ“
FEGT ÜBERN
SCHLAGBAUM**



INHALT

Wohnen für ein ganzes Leben? SBV, Demografie und Hartz IV	Seite 3
„Franz“ über Solingen	Seite 5
Heuschrecken Teil II: Der Finanzinvestor Dawnay Day	Seite 6
Interview mit Helmut Eckermann über die Bleiberechtsregelungen	Seite 7
Interview mit einem Langzeitarbeitslosen Neues von der BI gegen Straßenbau	Seite 8
Spitze bei Sanktionen	Seite 9
Fahrradstadtplan für Solingen	Seite 10
Boykott im Integrationsrat	Seite 11
Zins-Swapping – Roulette-Spiel	Seite 12
Atomausstieg selber machen	Seite 13
Die Lobby, das Klima und der Größenwahn auf Rädern	Seite 14
Gruppenkalender und Bürgerfunktermine	Seite 16

tacheles kommt...

... aus dem Jiddischen und bedeutet so viel wie „offen miteinander reden“ und „jemanden die Meinung sagen“! Diese Beschreibungen geben gut wieder, was wir – die MacherInnen dieser Zeitschrift – nun seit mittlerweile 12 Jahren bewirken möchten und was uns in dieser Stadt heute mehr denn je notwendig erscheint.

Beim täglichen Blick in die beiden Solinger Tageszeitungen wird unser Anliegen ein weiteres Mal plausibel. Oft wird nur unzureichend über das politische Geschehen in dieser Stadt berichtet, Artikel über wichtige inhaltliche Debatten in den Ausschüssen fehlen oft ganz, journalistischer Recherche zu politischen Zusammenhängen wird zu wenig Raum gegeben, lediglich die Parteizänkereien sowie persönliche Angriffe von PolitikerInnen werden ausführlich und dann nicht selten reißerisch dokumentiert. Nun könnte man entgegnen, es lässt sich eben nicht über etwas schreiben, was nicht passiert – o.k., das sehen wir ein, denn inhaltliche Diskussionen scheinen in Ausschüssen und Rat oft gar nicht gewollt zu sein (wir erinnern nur an das Schweigen zum Umgang mit Kissel, an die fehlenden Argumente zur Streichung im Kinder- und Jugendbereich, an die Ignoranz gegenüber den Bürgerinteressen bezüglich der Rathausenerweiterung und der städtischen Immobilienverkäufe...).

Das Solinger Tageblatt hat bereits seine Konsequenzen aus der Inhaltsleere der Kommunalpolitik gezogen und vor einigen Monaten seine Seiten komplett umgestaltet – nach der Devise: Mehr Farbe, mehr Überschriften, mehr Berichte über Feste und Events, insgesamt aber weniger Text = weniger Inhalt! Die BürgerInnen müssen nicht informiert sein, denn ihre Meinung zählt sowieso nicht. Es ist kaum zu glauben, aber in unserer medialen Welt wird es immer schwieriger, eine differenzierte und gehaltvolle Berichterstattung zu erhalten. Übrigens war das vor 80 Jahren in Solingen noch ganz anders, damals gab es sechs verschiedene Tageszeitungen, die das Informationsbedürfnis der SolingerInnen befriedigten. Lang ist's her...! Wer heute jenseits des Mainstream schreibt – so wie wir – polarisiert, wird geliebt und gehasst, mit weitreichenden Folgen. Hierzu werden wir in der nächsten Ausgabe mehr berichten ...Fortsetzung folgt!

Eure tacheles-Redaktion

Hilfe, wir sind überarbeitet!

www.tacheles-solingen.de ermöglicht einen schnellen Zugriff auf 12 Jahre tacheles. Wer hat Interesse, unsere Webseite zu pflegen? Meldet Euch bei tachelesSG@wtal.de.

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.
Auflage 3.000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, Fax: 0212/1 71 98, tachelesSG@wtal.de; www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft-Beschäftigungshilfe
Düsseldorf, Römerstraße 9, 40476 Düsseldorf,
Tel.: 0211/44 93 98 70

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,
42655 Solingen

Bankverbindung: SEB, BLZ 330 101 11,
Kontoinhaberin: Pauline Ehl,
Konto-Nr.: 297 3496 300

Fotos & Layout: Heinz Mähner



13 Euro für ein Jahr
tacheles frei Haus -
oder das Förder - Abo
für 20 Euro, also
praktisch geschenkt!

SEB
BLZ 330 101 11
Konto 297 349 6300
Kontoinhaberin ist Pauline Ehl
Stichwort **tacheles**-Abo

Wir haben es nötig!



„WOHNEN FÜR EIN GANZES LEBEN“?

Die Stadt Solingen hat sich auf Betreiben von CDU, SPD und FDP durch den Verkauf ihrer 1300 Wohnungen fast aller Mittel beraubt, die Wohnungspolitik zu beeinflussen. Der Wohnungsgenossenschaft Solinger Spar- und Bauverein (SBV), mit über 7300 Wohnungen größter Solinger Wohnungseigentümer, kommt bei der Bewältigung der Aufgaben eine entscheidende Rolle zu. Welche Trends bestimmen die demografische und die soziale Entwicklung, wie reagiert der SBV?

„Wir werden älter, weniger und bunter“ wird die zu erwartende demografische Entwicklung zusammengefasst. Es wird geschätzt, dass in Solingen die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 um 3,5 % abnimmt. In Deutschland wird im Jahr 2050 jede/r Dritte über 60 Jahre alt sein. Die Anzahl der über 80-Jährigen soll sich sogar verdreifachen. Der allergrößte Teil dieser Menschen will in der eigenen Wohnung verbleiben, deshalb wächst die Bedeutung von wohnungsnahen Dienstleistungen und ambulanter Pflege. Der Trend zum Single-Leben wird zunehmen.

Zugleich wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (oder auch: „Mit Zuwanderungsgeschichte“) gerade in vielen westdeutschen Großstädten, so auch in Solingen, deutlich zunehmen.



Herrmann-Meyer-Straße 8/10:
Diese Häuser des SBV sollen möglicherweise abgebrochen werden

... älter...

Weiterhin ist zu erwarten, dass künftige Rentnergenerationen deutlich weniger verfügbares Einkommen haben werden als die heutigen: Immer seltener wird ein Arbeitsplatz ein ganzes Leben halten. Bei hoher Massenarbeitslosigkeit werden unter den Bedingungen von Hartz IV deutlich geringere Rentenbeiträge einbezahlt. Aber nicht erst im Alter wird Armut für viele Menschen in Solingen zur Realität: Hier sind über 10 000 Menschen – darunter viele Kinder – auf Hartz IV angewiesen. Die Wohnungsgröße und die maximale Miete der Hartz IV-EmpfängerInnen werden jedoch von der Stadt gedeckelt – ein großes Problem für viele Haushalte.

Der SBV versucht, auf den Anstieg der Zahl der Älteren zu reagieren. So wurde er Partner des EU-Forschungsprojektes EQUAL, das „wohnortnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“ fördern will. Weiterhin bietet der SBV u.a. Seniorenwohnungen mit Service am Unnersberg an und baut Erdgeschosswohnungen seniorengerecht um.

... bunter...

Die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Damit wächst auch die Bedeutung der Integration und des gelungenen

Zusammenlebens von Menschen mit und ohne deutschen Pass. Der SBV war Projektträger der modellhaften Untersuchung „Migranten in der Genossenschaft. Neue Wege im Belegungsmanagement“. Die Befragung der Zuwanderer-Haushalte ergab interessante Ergebnisse: „In Bezug auf die Wohnungsausstattung steht der Wunsch nach einer großen Wohnküche im Vordergrund. (...) Zuwanderer-Haushalte möchten weder in einem Haus noch in einem Siedlungsbereich segregiert

[abgesondert] nach Nationalitäten wohnen, sondern in einer Wohnumgebung, in der alle Nationalitäten und andere Haushaltstypen vertreten sind. (...) Trotz des Wunschs nach Integration in die Gesellschaft, möchten die meisten gern in unmittelbarer Nachbarschaft zu Verwandten oder Freunden wohnen, nicht unbedingt in einem Haus zusammen. (...) Gefördert werden könnte das Zusammenwohnen und -leben von deutschen und Zuwanderer-Haushalten zudem durch die Einrichtung be-

Burgstr. 11
42655 Solingen
Telefon: 02 12 - 244 15 14
www.dacapomusik-solingen.de

Da Capo

MUSIKUNTERRICHT/WORKSHOPS

KLAVIER
 KEYBOARD
 GITARRA
 BASS
 GEIGE
 TRUMPETE
 SAXOPHON
 DUBBERIDOO
 FLÖTE
 TROMMEL
 STRICKZEUG
 GESANG
 THEORIE
 FLAMENCO



Die Häuser Neustraße 45-57 sollen verkauft und vermutlich abgerissen werden.

sonderer Projekte, die sich als interkulturell verstehen, da Integration, nicht Segregation gewünscht ist.“ Zurzeit sind nur wenige MigrantInnen in der Selbstverwaltungsstruktur des Bauvereins vertreten. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen dieser und anderer Studien wird von entscheidender Bedeutung dafür sein, ob der Bauverein für die wachsende Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte attraktiv bleibt und wird.

... ärmer...

Bei der sozialen Frage ist in der SBV-Politik allerdings leider eine deutliche Schieflage festzustellen. Im Mai 2005 hatte ein Vorstandsmitglied des SBV zu dem Problem von Mitgliedern, die wegen des Hartz IV-Bezuges in kleinere Wohnungen umziehen müssen, erklärt: „Derzeit kann, bis auf weiteres, kein Angebot gemacht werden.“ Die Vertreterversammlung des SBV beschloss daraufhin am 18.6.2005: „Als Solidargemeinschaft lässt der Spar- und Bauverein seine von Hartz IV betroffenen Mitglieder nicht im Stich. Er wird zukünftig verstärkt nach Mitteln und Wegen suchen, um ihnen den Verbleib in ihren Woh-

nungen zu ermöglichen, bzw. ihnen bei Bedarf innerhalb der Genossenschaft angemessenen und preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Wir bitten Vorstand und Aufsichtsrat, ein dementsprechendes Konzept



Hauseingang Neustraße 55.

zu entwickeln und darüber hinaus auf die Stadt und die ARGE einzuwirken, damit vorhandene Ermessensspielräume und Toleranzen bei den Obergrenzen zu Gunsten der Betroffenen genutzt werden.“

Dieses Konzept wurde bis heute nicht erarbeitet, zumindest weder der Öffentlichkeit noch den Vertretern vorgestellt. Schlimmer noch: Mehrere MieterInnen erklärten gegenüber der tacheles, Mitarbeiter des SBV hätten ihnen gegenüber auf die Anfrage nach Wohnungen, die den Obergrenzen für Hartz IV-EmpfängerInnen entsprechen, geantwortet, im Bauverein gäbe es keine entsprechenden Wohnungen. Es wurde ihnen geraten, sich auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen.

Nicht mehr für alle bezahlbar

Eine Ursache für die geringe Anzahl von Wohnungen, die für Hartz-IV-Empfänger zur Verfügung stehen, scheint die Strategie zu sein, den Altbaubestand durchgängig zu modernisieren. In der Siedlung Cäcilienstraße steigen die Mietkosten bei Modernisierung so von ca. 5,10 Euro auf ca. 6,40 Euro Kaltmiete. Bei einer Veranstaltung des SBV für BewohnerInnen des IV. Feldes über die anstehende Modernisierung wurde nicht danach gefragt, ob die Bewohner der Modernisierung

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



zustimmen. Auf die Frage, wie denn Hartz IV-Empfänger mit der Mieterhöhung umgehen könnten, wurde auf das Sonderkündigungsrecht verwiesen. Sicherlich ist es sinnvoll, z.B. Energiesparmaßnahmen durchzuführen, aber der Bauverein muss eine Antwort finden, wie denn Hartz-IV-EmpfängerInnen die steigenden Kosten tragen sollen, wenn die ARGE nicht mehr zahlt und der SBV ihnen keine Ersatzwohnungen anbieten kann. Zusätzlich werden viele kleine Wohnungen zu größeren zusammengelegt und sind somit für Hartz-IV-EmpfängerInnen nicht mehr erschwinglich.

Eine weitere Problematik verschärft den Mangel an preiswertem Wohnraum: Der Verkauf von Häusern des SBV. Am 12. April schrieb das ST: „Der Spar- und Bauverein will sich von 16 verstreut im Stadtgebiet liegenden Häusern trennen.“ So sollen 160 Wohnungen an der Neu-, Hassel-, Bismarck-, Goeben-, Kanal-, Kirberger-, Klauberger-, Körner- und der Zweigstraße, am Erbenhäuschen und am Spielbruch verkauft werden. Ein Bewohner eines SBV-Hauses an der Neustraße berichtete der tacheles dazu: Die Gebäude an der Neustraße hätten eine sehr gute Bausubstanz, allerdings würden seit ca. 10

Jahren Reparaturen nur noch ungenügend durchgeführt, das für 1999 versprochene neues Dach wurde nicht gebaut. Die Wohnqualität mit den großen Gärten sei sehr hoch. „Wo ich eine Heimat habe, will ich nicht alles stehen und liegen lassen.“ Es sei von den Mietern viel investiert worden, ob sie einen Ersatz bekommen, sei eher unwahrscheinlich.

Mehr Beteiligung erforderlich

Vertreter des SBV hätten auf einer Mieterversammlung im November 2006 erklärt, die Häuser Neustraße 45-57 würden entweder verkauft oder abgerissen. Die Mieter seien nicht befragt worden, ob sie damit einverstanden seien. „Kritik wurde mit schroffen Worten platt gemacht!“ Mündlich sei die Zusage gegeben worden, die Mieter hätten eine Frist von 5 Jahren, so lange könnten sie noch in ihren Häusern wohnen bleiben, schriftlich sei ihnen dies nicht mitgeteilt worden. Den Mietern seien Ersatzwohnungen angeboten worden mit der Zusage, sie hätten erste Priorität bei der Vergabe von neuen Wohnungen. Der Bewohner hat dazu allerdings beobachtet, dass diejenigen, die schon umgezogen sind,

deutlich höhere Mieten zahlen müssen. Ihn ärgert besonders, dass darüber hinweggegangen wird, dass viele ältere Leute 70 oder 80 Jahre alt sind und nicht umgesiedelt werden wollen. Es gäbe einen Vermietungsstopp für leer stehende Wohnungen. Leider gibt es einige Übereinstimmungen zwischen den Erfahrungen dieses Mieters und denen von Vertretern der Selbstverwaltung der Wohngemeinschaft Erbenhäuschen/Hasselstraße (alt), deren Wohnungen ebenfalls abgerissen und verkauft werden sollen. Eine größere Sensibilität, eine bessere Beteiligung der MieterInnen an diesen Entscheidungen scheint notwendig. Und der SBV sollte klären, ob Folgen wie Mieterhöhungen und der Verlust des gewohnten Wohnumfeldes tatsächlich verantwortlich sind und wie man dem entgegen wirken will.

Die Hamburger Wohnungsgesellschaft SAGA hat übrigens wichtige Beschlüsse dazu gefasst: Modernisierungen werden nur durchgeführt, wenn die Mehrheit der MieterInnen eines Quartiers dies wünscht. Wohnungen und Häuser werden ausschließlich an MieterInnen verkauft, ein Verkauf an Kapitalanleger ist ausgeschlossen. Dietmar Gaida

„FRANZ“ VERWÜSTET NORDSTADT



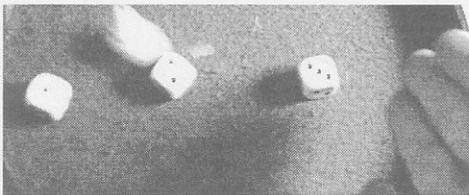
Ca. 120 große Stadtbäume fielen dem Tornado „Franz“ im April diesen Jahres zum Opfer. „Franz“ tobte durch die grüne Mitte der Solinger Nordstadt. Deshalb kommt es jetzt nicht zu dem dringend benötigten Bürgerpark auf dem Rathausplatz. Stattdessen entsteht das noch dringender benötigte repräsentative Rathaus. Laut CDU, SPD und FDP wird die überbezahlte Mietzahlung an den Investor dennoch billiger als die Nutzung der vorhandenen – bisher der Stadt gehörenden – Rathäuser. Ist doch logisch!!!!

Doch der nächste Tornado ist schon im Anflug: „Franz“ wird noch einen kleinen Bruder bekommen: „Fränzchen“. Denn auch die noch auf der nordöstlichen Platzfläche verbliebenen Bäume sollen fallen, wenn der Investor hier Eigentumswohnungen baut. Nur die am nördlichen und südlichen Platzrand verbliebenen Bäume sollen stehen bleiben – bis der „natürliche“ (also von der Klimakatastrophe verursachte) Tornado „George W.“ seine Arbeit tut. (dg)

HEUSCHRECKEN IN SOLINGEN (TEIL 2): DER FINANZINVESTOR DAWNAY DAY

Nachdem der ganzjahresgebräunte Manager Thomas Middelhoff wegen windiger Investmentgeschäfte vom Firmenpatriarchen Reinhard Mohn bei Bertelsmann hinaus geworfen wurde, wechselte er 2003 nach London zum arabischen Finanzinvestor Investcorp und von dort nur ein Jahr später zur Karstadt AG in Essen als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Mit anderen Worten: Middelhoffs Einstieg bei Karstadt bedeutete für Deutschland den Einzug der „Heuschrecken“ in den Bereich der Warenhäuser.

Was hat das mit Solingen zu tun? Ein wenig schon. Ende 2006 übernahm das grenzüberschreitend tätige englische Finanzdienstleistungsinstitut Dawnay Day Corporate Finance Limited aus London die Solinger Clemens-Galerie. Außerdem übernahm dieser Dienstleister in ganz Deutschland 74 kleinere



Karstadt-Häuser. Dawnay Day unterhält enge Kontakte zu arabischen Banken aus der Golfregion, konzentriert sich u. a. auf islamisch-zinslose Bankgeschäfte und hat selbstverständlich gute Kontakte zur Firma Investcorp aus Bahrain. Und so schließen sich die Geschäftskreise zwischen dem schönen Thomas, der Karstadt AG, den Clemens-Galerien und der Firma Dawnay Day.

Dawnay Day hat allein in Deutschland in den letzten Jahren über 100 Einzelhandelsgeschäfte aufgekauft – zumeist in mittelgroßen Städten – und sich mit einer Zentrale in Düsseldorf einen deutschen Firmensitz zugelegt. Für jede einzelne Immobilie hat Dawnay Day inzwischen eine eigene GmbH gegründet. In ganz Europa hat Dawnay Day schon 410 Geschäftsimmobilien zusammengekauft und möchte besonders in Osteuropa expandieren. Ganz offensichtlich will Dawnay Day kleinere Einzelhandelsgeschäfte in kleinen und mittleren Städten zu einer neuen globalen Kette zusammenführen, ein Segment, das von den Großkaufhausketten vernachlässigt bzw. abgestoßen wird.

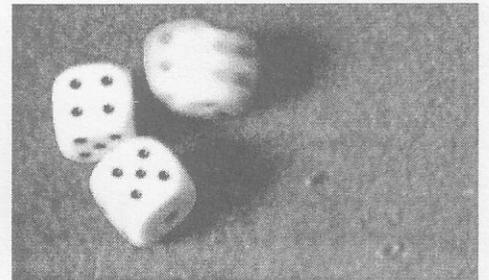
Befragt nach den ökonomischen Auswirkungen der Clemens-Galerie auf die umliegenden Geschäfte in der Innenstadt reagiert dessen neuer Dawnay Day-Geschäftsführer Michael Jansen recht gelassen auf meine leicht kritische Frage, ob denn nicht die Clemens-Galerie einen ruinösen Verdrängungs-

wettbewerb ausgelöst habe: „Natürlich hat sie das. Aber das war doch von vorne herein klar.“ Sehr deutlich gibt er mir in diesem Interview auch zu verstehen, dass er nicht der richtige Ansprechpartner für städtebauliche Entscheidungen der Stadt Solingen sein könne, sondern nur für die Solinger Clemens-Galerie spreche. „Einerseits macht uns das geplante neue Geschäftsviertel beim Rathaus-Neubau schon ein wenig Sorgen, andererseits belebt Konkurrenz das Geschäft.“

Warum es denn in der Clemens-Galerie keine „Geschäfte für den gehobenen Bedarf“ gäbe, frage ich Michael Jansen. „Weil es dafür in Solingen weder die Kaufkraft noch den Bedarf gibt. Aber wieso fragen Sie so eine seltsame Frage?“ Als ich ihm erkläre, dass die beiden für den Bau der Clemens-Galerie verantwortlichen SPD-Politiker Uli Uibel und Ingolf Deubel Ende der neunziger Jahre der Solinger Bevölkerung die Clemens-Galerie mit dem Argument schmackhaft gemacht hatten, dass es in dem neuen Ladenzentrum „Geschäfte für den gehobenen Bedarf“ geben werde, schweigt er höflich. Sein Gesicht sagt freilich: „So ein Unsinn!“

Propagiert wurde die Clemens-Galerie damals mit vier Argumenten: Schaffung von Arbeitsplätzen, Schaffung von Geschäften für den gehobenen Bedarf und Abbau des Kaufkraftabflusses aus Solingen in die Nachbarstädte. Von drei dieser Argumente ist nach nun sieben Jahren Clemens-Galerie nichts übrig geblieben:

1. Den 150 neuen Arbeitsplätzen der Clemens-Galerie dürfte aufgrund des Bankrotts vieler Innenstadtgeschäfte und einem dortigen Umsatzrückgang zwischen 20 und 30 Prozent ein geschätzter Verlust von 150 Arbeitsplätzen gegenüber stehen.



2. Geschäfte des gehobenen Bedarfs hat es in der Clemens-Galerie nie gegeben.

3. Laut „Solingen-Studie 06“ kauften kurz vor der Existenz der Clemens-Galerie ganze 59 Prozent aller Solinger Bürger ausschließlich in Solingen ein – gegenwärtig gilt das nur noch für 21 Prozent der Bevölkerung.

Das vierte Argument der Solinger Stadtpolitiker hat sich freilich bewahrheitet. Das neue Ladenzentrum sollte ein sozialer Ort des Lebens und Treffens werden und das wurde es. Aus der Sicht von Michael Jansen heißt das: „Die Clemens-Galerie ist zweifelsohne der Lebensmittelpunkt von Solingen. Erfolgreich verbinden wir Freizeit und Einkaufserlebnis. Und genau diese Mischung wollen wir in Zukunft noch optimieren.“ Jörg Becker

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: info@friedel-geisler.de

Internet: www.friedel-geisler.de



Silberner Schuh 2006, ein Jahr danach:

„KEINE AUSWIRKUNG AUF DIE ARBEIT DER AUSLÄNDERBEHÖRDE“

Interview mit Helmut Eckermann, Preisträger des Silbernen Schuhs 2006 über die aktuellen Bedingungen zur Bleiberechtsregelung

tacheles: Helmut, im letzten Jahr hast Du vom Bündnis für Toleranz und Zivilcourage für Deine Unterstützung in der Flüchtlingsarbeit und für Deinen Einsatz für das Bleiberecht von Flüchtlingen den Silbernen Schuh erhalten. Für die Menschenrechts-AktivistInnen in dieser Stadt verband sich mit dieser Preisverleihung die kleine Hoffnung, dass sich etwas positiv für die hier langjährig lebenden Flüchtlinge verändert. Ist diese Hoffnung erfüllt worden?

Helmut Eckermann:

Die Preisverleihung hat – wie für mich erwartet – keine Auswirkung auf die Arbeit der Ausländerbehörde gehabt. Sollte jemand damit die Hoffnung verbunden haben, dass sich in Solingen das Klima für Flüchtlinge durch eine solche Geste verbessern könnte, so wurde diese Hoffnung nicht erfüllt.

tacheles: Ist Dir bekannt, wieviele anspruchsberechtigte Menschen in Solingen nach dem Innenministerkonferenz-Beschluss vom 17. November 2006 tatsächlich ein Aufenthaltsrecht erhalten haben?

Helmut Eckermann:

Nach meiner Kenntnis haben bisher weniger als 20 Personen eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung erhalten.

tacheles: Wo liegen die Schwierigkeiten?

Helmut Eckermann:

Es gibt mehrere Probleme:

1. Die meisten von der Bleiberechtsregelung Betroffenen haben keine Ausweispapiere.
2. Deshalb erhalten sie keine Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung, d.h. sie können eine Arbeitsstelle nur erhalten, wenn kein Deutscher oder EU-Ausländer diese Stelle besetzen kann.
3. Somit können sie kein Einkommen erzielen und damit auch nicht frei von öffentlichen Mitteln (Sozialhilfe und Wohngeld) leben.

tacheles: Es hat sich in diesem Jahr das *Solinger Netzwerk Bleiberecht* gegründet, bestehend aus Betroffenen und UnterstützerInnen. Das Netzwerk hat ganz konkrete Verbesserungsvorschläge und Anfragen an die Ausländerbehörde und die Arbeitsagentur gerichtet. Was ist bisher daraus geworden?

Helmut Eckermann:

Es wurden zwei Gespräche mit dem Leiter der Ausländerbehörde geführt, in denen konkrete Fragen zur Bleiberechtsregelung beantwortet wurden. Die meisten von diesen Fragen sind leider nicht im Sinne der Betroffenen beantwortet worden.

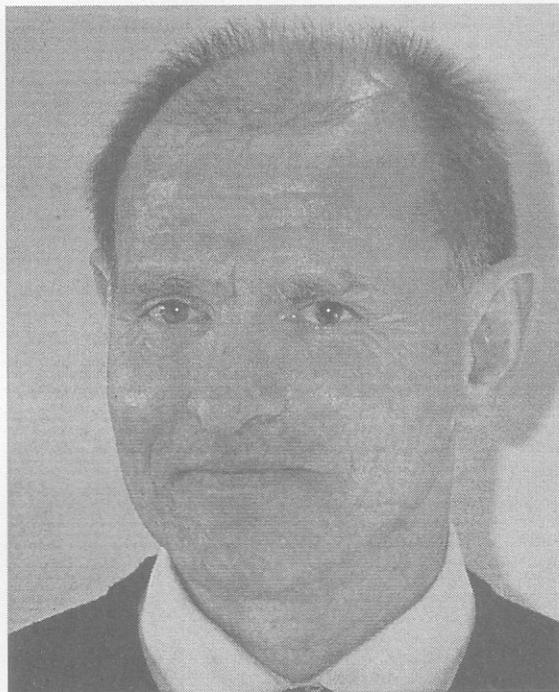
tacheles: Was könnte Deiner Ansicht nach noch von den Behörden verbessert werden, um den langjährigen Flüchtlingen in Solingen eine Lebensperspektive zu geben?

Helmut Eckermann:

Wenn man das ursprüngliche Ziel der Bleiberechtsregelung betrachtet, nämlich eine humanitäre Lösung für langjährig geduldete Flüchtlinge zu schaffen, vor allem für die hier aufgewachsenen und gut integrierten Kinder, so muss man 6 Monate nach dem IMK-Beschluss feststellen, dass auf Grund der restriktiven Durchführungsbestimmungen des nordrhein-westfälischen Innenministeriums nur in Einzelfällen Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.

Die Solinger Ausländerbehörde könnte sich allerdings – zumindest bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen – an der großzügigeren Praxis in anderen Kommunen orientieren. Damit erhielten einige Geduldete zumindest die Chance, schon parallel zur Passbeschaffung eine Arbeitsstelle ohne Vorrangprüfung zu finden.

tacheles: Wir danken Dir für diese schonungslose Analyse und wünschen Dir weiterhin viel Kraft für Dein unermüdetes und couragiertes Engagement im Sinne der Flüchtlinge und Langzeitgeduldeten.



Helmut Eckermann

MESSE-
STÄNDE

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

„... UND WIR WÜNSCHEN IHM FÜR SEINE BERUFLICHE ZUKUNFT ALLES GUTE!“

Interview mit einem Langezeitarbeitslosen, der ständig arbeitet



tacheles: Herr Meier, Sie sind gelernter Betriebsschlosser und seit fast sieben Jahren arbeitslos, das heißt ... Sie sind erwerbslos, denn gearbeitet haben Sie ja doch immer, oder?

Herr Meier:

Ja, genau! Von ABM über Ein-Euro-Jobs bis hin zu unbezahlten Praktikumsstellen habe ich alles gemacht. Ich war stets pünktlich, so gut wie nie krank und habe trotzdem keine Arbeitsstelle bekommen.

tacheles: Welche Tätigkeiten haben Sie denn im Rahmen der Praktika ausgeübt?

Herr Meier: Produktionshelfer in einem Betrieb, Küchenhilfe in einem Altenheim und an der Wareneingangskontrolle von einem großen Baumarkt.

tacheles: Wurde Ihnen Hoffnung auf eine feste Arbeitsstelle gemacht?

Herr Meier: Ja, denn gerade bei den Praktikumsstellen wird immer wieder gesagt, dass die Möglichkeit besteht, später eine feste Stelle zu bekommen. Bei allen drei Praktikumsstellen war es so, dass alle Aushilfsstellen bzw. Teilzeitstellen schon längst durch Familienangehörige (insbesondere durch Schüler) besetzt waren, denn wenn die Betriebsangehörigen nur Gerüchte hörten, dass eine feste Stelle frei wird, lagen schon die Bewerbungen von Angehörigen vor.

tacheles: Gibt es etwas, was an den Tätigkeiten positiv gewesen ist?

Herr Meier: Ja, ich konnte mir selber beweisen, dass ich noch lern- und leistungsfähig bin.

tacheles: Welches Ereignis ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Herr Meier: Mir sind verschiedene Dinge aufgefallen. Besonders krass war es im Bauhaus an der Foche. Dort wird der gesamte Wareneingang von Praktikanten gemacht. Sind nicht genug Praktikanten da, (besonders gern nimmt man die von der gbb), wird die Arbeit von Auszubildenden gemacht. Oder Bethanien: dort beschwerte man sich darüber, dass ich nur eine 32-Stunden Woche hatte und keine 42-Stunden-Woche und zudem nicht am Wochenende arbeiten musste. Übrigens hat es keine der drei Firmen für nötig gehalten, die drei Wochen, die ich dort quasi umsonst gearbeitet habe, in irgendeiner Form anzuerkennen. Auffällig war auch, dass viele Praktikanten in der Hoffnung auf eine feste Arbeitsstelle bis zu eine Stunde früher kommen, Pausen durcharbeiten und noch fragen, ob sie länger bleiben sollen bzw. dürfen.

tacheles: Was ärgert Sie besonders?

Herr Meier: Dass ein Versprechen auf ein Stellenangebot gegeben wurde, schon mit dem Wissen, dass es nicht eingehalten wird.

tacheles: Was ist Ihre größte Hoffnung?

Herr Meier: Wieder eine feste Arbeitsstelle zu haben und damit die eigene Existenz zu sichern.

tacheles: Wir danken Ihnen für das Interview!

EM KOTTEN



**Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582**

**weitere Infos unter
www.em-kotten.de**

Live Veranstaltungen

02.06.07 20 Uhr

Live Veranstaltung
Galaxy Flash +
Stufe III +
Balanda Beat
Eintritt: 5 Euro

09.06.07 20 Uhr

Live Veranstaltung
Navigator
EINTRITT FREI!

15.06.07 20 Uhr

Live Veranstaltung Karaoke Show
EINTRITT FREI!



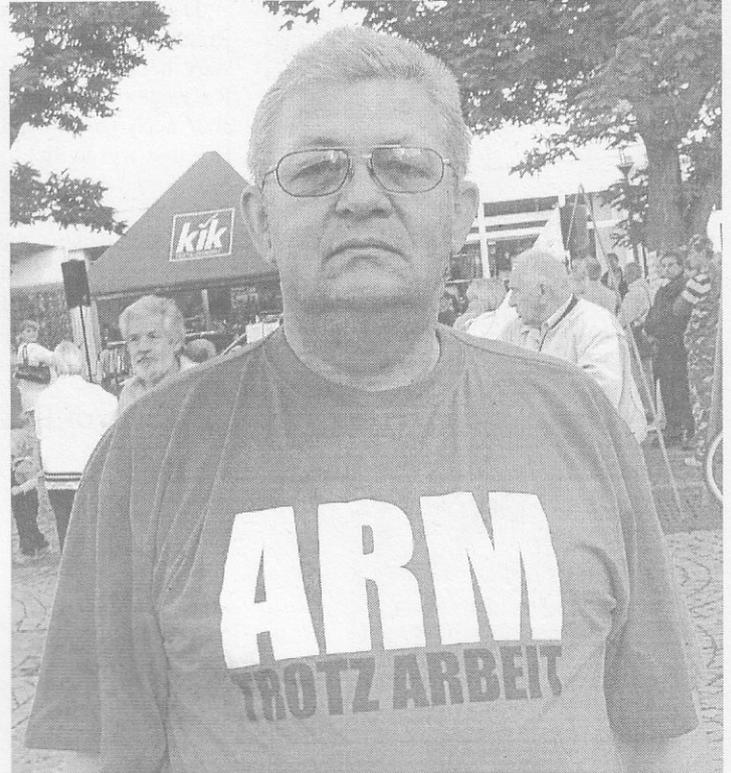
SOLINGER ARGE SPITZENREITER BEI SANKTIONEN GEGEN ARBEITSLOSE

Im Vergleich von insgesamt 47 Hartz-VI-Behörden in NRW findet sich die Solinger ARGE bei der Anzahl der verhängten Sanktionen auf Platz 41 wieder. Nur sechs der früheren Arbeitsämter haben noch mehr Sperrzeiten und sonstige Strafen verhängt. Der Märkische Kreis steht dabei im bundesweiten Vergleich mit 4,1 Prozent an der Spitze. Essen hat in NRW mit 0,8 Prozent die wenigsten Sanktionen veranlasst. Im Gegensatz zu Remscheid (1,5 %) und Wuppertal (1,2 %) wurden in Solingen 2,4 Prozent der ALG-II-EmpfängerInnen mit Sanktionen belegt. Diese Zahlen gehen aus einem Bericht der Bundesagentur für Arbeit hervor und geben den Stand von Oktober 2006 wieder.

Bundesweit haben die Arbeitsagenturen 527.000 Arbeitslose mit Sperrzeiten von durchschnittlich 4,8 Wochen belegt. Nach eigenen Angaben waren das doppelt so viele wie im Vorjahr. Obwohl es keine offizielle Statistik über die so eingesparten Mittel gibt, berechnet die Rheinische Post den durch alle Sanktionen eingesparten Betrag mit 450 Millionen Euro.

Mit besonderer Härte wurden jüngere zwischen 15 und unter 25 Jahren getroffen. Mit 3,2 Prozent ist ihr Anteil an den Sanktionen deutlich höher als bei anderen Altersgruppen. Im Vergleich: Die bedeutend größere Gruppe der 25 bis 50 jährigen ist hier "nur" mit 1,9 Prozent betroffen. Insgesamt 22 Prozent der Sanktionierten sind mit 2 bis 5 Sanktionen mehrfach betroffen. Solche HilfeempfängerInnen werden also dauerhaft dazu verurteilt, weit unter dem Existenzminimum zu leben.

Die Hauptgründe für solche Sanktionen stellten mit 50 Prozent die vermeintliche Verletzung der Meldepflicht dar. 22 Prozent wurden wegen der Ablehnung einer angeblich zumutbaren Arbeit bzw. Maßnahme, wozu auch die Ein-Euro-Jobs zählen, sanktioniert und 18 Prozent, weil sie sich weigerten eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben. Dass in einer Vielzahl der Hartz-IV-Behörden allzu leichtfertig und schnell sanktioniert wird, bestätigen auch zahlreiche Urteile und einstweilige Verfügungen der Sozialgerichte, vor denen die Sanktionierungspraxis der ARGEN kaum Bestand hat. Leider jedoch wehren sich die wenigsten Betroffenen gerichtlich. Trotzdem oder sogar deshalb soll wohl jetzt seitens der Bundes- und Landesregierung der



rechtliche Weg weiter erschwert werden. Die Vergabep Praxis der Beratungsscheine durch die Amtsgerichte wird immer mehr reglementiert und wie die Prozesskostenbeihilfe erschwert. Ebenso plant die NRW-Landesregierung, die unabhängigen Sozialberatungsstellen bis Oktober 2008 aufzulösen und diese Aufgabe der Hartz-IV-Behörde zu übertragen. Spätestens dann können sich die von Betroffenen ausge-rechnet von denen beraten lassen, die sie zuvor mit Sanktionen belegt hatten.

Frank Knoche

**Garten
gestaltung
& -pflege**

Thomas
Wendt

0212
81 73 73

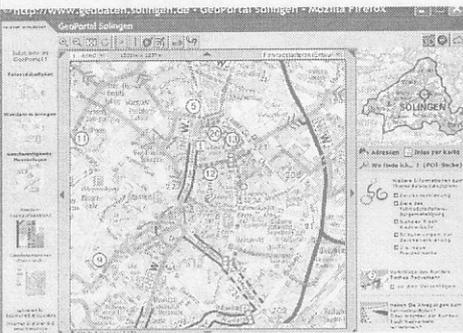
amnesty
international

ai

Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

Fahrradstadtplan für Solingen



Nach 7 Jahren intensiver Beratung im „Runden Tisch Radverkehr“, einer Gruppe von engagierten FahrradfahrerInnen, ist nun die erste Fassung eines Fahrradstadtplans für Solingen entstanden. Die Beteiligten haben

in langer ehrenamtlicher Kleinarbeit Routen ausgewählt, sind viele Strecken abgefahren, haben sie bewertet und aufs Papier gebracht. Sie wurden dabei von der Agenda-Geschäftsstelle und der Stadt Solingen unterstützt.

Das Ergebnis ist ein dichtes Netz von Routenvorschlägen – überwiegend abseits stark befahrener Straßen – mit Angaben zu Radwegen an Straßen, Qualität, Steigungen, aber auch zu vorhandenen Schwachstellen. Bewusst wurde nicht jede befahrbare Route aufgenommen: Das Routennetz konzentriert sich auf ausgewählte Verbindungen zwischen Stadtteilen, öffentlichen Einrichtungen, Naherholungszielen etc. Diese Routen sind vor Ort überwiegend nicht beschildert, mit Ausnahme der (im Fahrradstadtplan ge-

kennzeichneten) Routen des Radverkehrsnetzes NRW.

Als Tourenvorschläge wurden im Runden Tisch Radverkehr auch drei Rundfahrten entwickelt: die Korkenzieher-Tour, die Wupper-Tour und die Heide-Tour. Sie führen ebenso an vielen kulturellen Highlights vorbei wie auch durch die Solinger Landschaften. Die Routen sind alle auch für weniger geübte RadfahrerInnen geeignet, wenngleich in Solingen Steigungen natürlich nie ganz zu vermeiden sind. Die Ausgangspunkte der Touren sind mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen und können auch beliebig miteinander kombiniert werden.

Die Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich im September.

Infos: www.solingen.de/fahrradstadtplan



Förderverein Städtefreundschaft Solingen/Ovacik – Tunceli

Am 19.4. hat der Förderverein Städtefreundschaft Solingen/Ovacik eine Informationsveranstaltung in der VHS Solingen abgehalten. Mehmet Yildiz und Mina Cetin haben die 60 Anwesenden über Geschichte, Kultur und Alltagsleben der ostanatolischen Region Tunceli informiert, aus der etwa 100 Solinger Migrantenfamilien stammen. Der Verein möchte mit unterschiedlichen Aktivitäten, die Menschen in Ovacik unterstützen. Unter anderem ist ein Kulturhaus mit Treffmöglichkeiten und Bildungsangeboten geplant, für das zur Zeit Geld gesammelt wird. (VS)

Grüne auf Distanz zum Afghanistaneinsatz?

Eine Diskussion der Solinger Grünen mit Kerstin Müller, der Ex-Vorsitzenden der Bundestagsfraktion während der Schröder/Fischer-Regierungszeit, bestätigte den schon auf dem Parteitag der Grünen erkennbaren Trend einer zunehmenden Distanzierung von diesem Krieg. Zwar ging es vordergründig um den Tornado-Einsatz, der eine (vom grünen Parteitag abgelehnte) Ausweitung des Mandates auf den Süden bedeutet. In der Diskussion zwischen Podium und Plenum wurde allerdings auch deutlich, dass es nicht nur um die Frage geht, wie dieser Krieg geführt wird. Die Mehrzahl der DiskutantInnen jedenfalls bezweifelte, ob dieser überhaupt moralisch zu rechtfertigen ist. Müller bemühte sich, den im Gegensatz zum kontraproduktiven Verhalten der US-Streitkräfte eher zivilen deutschen Einsatz am Hindukusch als zielführend und erfolgreich darzustellen. Trotzdem bezweifelten fast alle, dass es so, wie dieser Krieg durchgeführt wird, möglich sei, in Afghanistan demokratische und humane Verhältnisse zu schaffen.

NPD lobt Haug, Westkämper und Co.

Dass es im Gegensatz zu bestimmten bösen „Grünen“ und linken „Autonomen“ doch noch tolerante Politiker in Solingen gibt, stellt die neu gegründete NPD-Solingen auf ihrer Homepage fest. Gemeint sind OB Franz Haug, Mitte-Bezirksvorsteherin Eva Nagy (CDU), Ernst Lauterjung (SPD), Bürgermeister Eugen Bertenburg (FDP), Landtagsabgeordneter Horst Westkämper (CDU) sowie Ex-OB Ulrich Uibel (SPD), weil sie dem Ausschwitzleugner, Volksverhetzer und rechtsextremistischen Drahtzieher Günther Kissel zum 90. Geburtstag gratulierten. Auf der Nazi-Homepage heißt es, für den „als rechtsextrem eingestuft“ Kissel hätte sich mit dieser Ehrerweisung durch die Repräsentanten der Stadt „ein Märchen“ erfüllt.

Bis auf Ernst Lauterjung verteidigen bis heute alle damals dort anwesenden Repräsentanten dieser Stadt ihre Ehrerbietung gegenüber Kissel, obwohl sie faktisch an der wahrscheinlich größten Versammlung von Holocaustleugnern nach 1945 teilgenommen hatten.

BI in Aufderhöhe gegründet Proteste gegen Straßenbau durch Wohngebiete und Natur

Gegen den Weiterbau der L405 und der B229n hat die Ende letzten Jahres gegründete Bürgerinitiative 1300 Unterschriften gesammelt und OB Haug übergeben. Diese innerhalb weniger Monate zustande gekommene Sammlung zeigt, wie stark der Protest gegen die Verlängerung der Viehbachtalstraße bis zum Langenfelder Kreuz in der Bevölkerung verankert ist. Das Prestigeobjekt würde mind. 40 Mio. Euro kosten und durch Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiete führen. Häuser müssten abgerissen werden, Wohngebiete wie z.B. das Borkhauser Feld würden durch Verlärmung und Schadstoffbelastung beeinträchtigt.

Die nächste Infoveranstaltung ist am Sonntag, den 3. Juni. Die Bürgerinitiative lädt zu einem geführten Trassenspaziergang entlang der geplanten Weiterführung der Viehbachtalstraße, der L 405 und der B 229n ein. Treff- und Startpunkt ist um 13 Uhr die Bahnunterführung Bussche-Kessel-Weg. Ein Zwischenstopp wird gegen 14 Uhr im Bewohnertreff des Borkhauser Felds eingelegt. Ziel ist die St. Reinoldi Kapelle in Rupelrath gegen 16 Uhr. Dort wird es auch Kaffee und Kuchen sowie einen Imbiss geben.

Weitere Informationen gibt es bei: Michael Bischoff, Rupelrath 51, Tel. 61709 oder Dieter Lehnick, Rupelrath 22, Tel. 652985



Pressemitteilung

„ES WIRD ÜBER UNSERE KÖPFE HINWEG ENTSCHIEDEN.“

Am 24. April boykottierten 9 von 10 Urgewählten die Sitzung des Solinger Integrationsrates. Empörung, Unverständnis, und Drohungen von Seiten der Ratsmitglieder und Verwaltung waren die Folge. Die lokale Presse berichtete nur unzureichend über die Hintergründe und Argumente, die zur dieser Form des Protestes der Migrantvertretungen führten. Wir dokumentieren deshalb an dieser Stelle die Pressemitteilung der Direktgewählten:

„Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates Solingen
Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 24.4. werden wir, die von der ‚ausländischen‘ Bevölkerung in freier und geheimer Wahl gewählten Zugewanderten, bewusst an der Sitzung des Integrationsrates nicht teilnehmen, um unseren Unmut auch nach außen kund zu tun.

Wir wählen bewusst dieses Mittel, um - nach zweieinhalb Jahren Integrationsrat, in der Mitte der Ratsperiode - damit auf eine unserer Meinung nach unhaltbare Situation aufmerksam machen.

Eigene Initiativen von uns werden erstickt.

Als Beispiele seien an dieser Stelle genannt:

Anfang der Ratsperiode wurde von uns ein Antrag auf Einrichtung einer Härtefallkommission gestellt. Dieses Gremium sollte dazu da sein, um besondere Härtefälle von vor Abschiebung betroffenen Personen eingehend beraten zu können. Nach anderthalb Jahren (!) haben wir darauf erstmalig eine Antwort seitens der Verwaltung erhalten. Letztlich wurde der Antrag abgeschmettert mit der Begründung, eine solche Kommission sei rechtlich nicht zulässig. Eigens hierzu wurde ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Unserer Meinung nach stand das Ergebnis dieses Gutachtens bereits vor der rechtlichen Überprüfung fest, denn jedes Rechtsgutachten kann ergebnisorientiert geschrieben werden. Um dies zu untermauern, stellen wir folgendes fest: de facto gibt es landesweit in mehreren Kommunen Härtefallkommissionen, analog zu unseren Forderungen - mit positiven Erfahrungen. Daher fragen wir uns: Ist Solingen eine Insel mit besonderer Rechtsordnung?

Die „Härtefallkommission“ steht seit Beginn der Legislaturperiode permanent auf der Tagesordnung, um „Lösungen“ zu finden und gelangt zu keinem Ergebnis. Unserer Meinung nach wird hier seitens der Verwaltung eine Art Zermürbungstaktik betrieben. Vermutlich besteht die Absicht, das Thema bis zum Ende der Legislaturperiode während den Sitzungen zu beraten, um dann am Ende der Legislatur die Ergebnislosigkeit endgültig festzustellen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Seit 2,5 Jahren wird dieses Thema beraten und auf die nächste Sitzung verschoben!

Angesichts dieser erlebten Realsatire ist es kein Wunder, dass die Stimmung unter den Urgewählten nicht besonders gut ist. Wir haben das Gefühl, nicht wirklich etwas bewirken zu können. Nicht etwa weil wir nicht wollen, sondern weil uns gezielt Steine auf den Weg gelegt werden. Dazu sei auch folgendes gesagt:

Uns fehlen eine eigene Geschäftsstelle sowie eigene Räumlichkeiten, damit wir auch selbst wie eine Fraktion agieren können. (Dies haben wir schon vor sieben Jahren beantragt; die Forderung wurde „aus finanziellen Gründen“ immer wieder abgelehnt. Zur Zeit müssen wir unsere Sitzungen unter der Aufsicht der Verwaltung vorbereiten. Andere Fraktionen haben nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch eigene

Gelder; uns ist nicht einmal eine eigene Öffentlichkeitsarbeit möglich, es sei denn, wir bezahlen sie aus eigener Tasche. Unser Wunsch auf ein eigenes Öffentlichkeitsorgan wurde nach monatelanger Verschleppung umgewandelt in die Erstellung eines Faltblattes und einer Internetpräsenz - beides durch die Verwaltung. Und als Tüpfelchen auf dem I tauchten wir in der ersten Internetpräsenz noch nicht einmal auf, nach unserer nachträglichen ‚Eingliederung‘ sah sich die Verwaltung allerdings wiederum erst mal nicht in der Lage, unsere Namen richtig zu schreiben. Dies sind Nebensächlichkeiten, aber wir erwähnen das, weil es ein Licht auf unsere Gesamtsituation wirft und sehr schön den Stellenwert verdeutlicht, den wir in Augen Mancher anscheinend haben sollen.

Ferner werden wichtige Entscheidungen in dem Gremium „Interkulturelles Gesamtkonzept“ getroffen. In der ersten Sitzung des Integrationsrates wurden zwei Ratsmitglieder in dieses Gremium entsandt, ohne dass wir wussten, dass in diesem Gremium wichtige Entscheidungen getroffen werden. Ein Urgewählter ist in diesem Gremium nicht vertreten. Die Ergebnisse des Gremiums werden dem Integrationsrat vielfach als feststehend zur Kenntnis vorgetragen. Mit einer politischen Willensbildung unter Einbeziehung von Migrantvertretern hat dies nichts mehr zu tun. Es wird über unsere Köpfe hinweg entschieden.

Zudem war angeblich eine Teilnahme von frei gewählten Migranten an der Gesundheitskonferenz rechtlich nicht möglich (allerdings im Gegensatz zur letzten Ratsperiode). Auch damit wurde uns ein Stück Partizipation verweigert.

Das Komm In-Projekt, das mit Landesmitteln bezuschusst wird und aus dem Ausländeramt eine ‚Integrationsbehörde‘ gemacht hat, konnte von uns nicht kritisch begleitet werden. Wir wurden in Entscheidung über die Art des Einsatzes solcher Fördermittel nicht mit einbezogen.

Dabei liegt gerade in Bezug auf diese Behörde einiges im Argen. Immer wieder erreichen uns Berichte von Leuten, die sich regelrecht fürchten, dieses Amt aufzusuchen und sich unfreundlich, manchmal sogar ungerecht behandelt fühlen. Auch herrscht immer wieder einmal der Eindruck, dass in anderen Kommunen bei vergleichbaren Rechtslagen eher zugunsten der Betroffenen entschieden wird... Das hat sich auch nach der Inanspruchnahme von Fördermitteln und der Namensänderung der Behörde nicht geändert!

Wurde die von uns beschlossene Empfehlung zum Kommunalen Wahlrecht schon weitergeleitet? Bis jetzt haben wir nichts davon gehört!

Wir fühlen uns nicht als gleichberechtigte Mitglieder im Ausschuss, obwohl wir angeblich die zugewanderte Bevölkerung vertreten.

„Quo vadis Integrationsrat Solingen“ fragen wir uns. Wenn eine wirkliche politische Partizipation der Migranten gewollt ist, dann muss sich grundlegend einiges ändern in Solingen. Immerhin wird Solingen als „Integrationshauptstadt“ bezeichnet und wurde zudem mit einem Integrationspreis ausgezeichnet, dessen Anblick den Urgewählten leider bislang nicht ermöglicht wurde.

Ein jährlich stattfindendes Volksfest, also „Brot und Spiele“ ist hierfür nicht ausreichend.

Unterzeichnende:

Akan, Eda; Avci, Aynur; Aurelio, Salvatore; Bascho, Kamal; Curuk, Caner; Dogan, Kemal; Firouzkah, Hassan; Passmann, Bernd; Zingal, Fatih“

VON SWAPS UND ANDEREN DERIVATGESCHÄFTEN DER STADT

Eine Anfrage der FDP und ein Ratsantrag der grün-offenen Liste brachten es in der April-Ratssitzung ans Licht: Ernst Schneider, der Kämmerer der Stadt, hat sich verzockt.

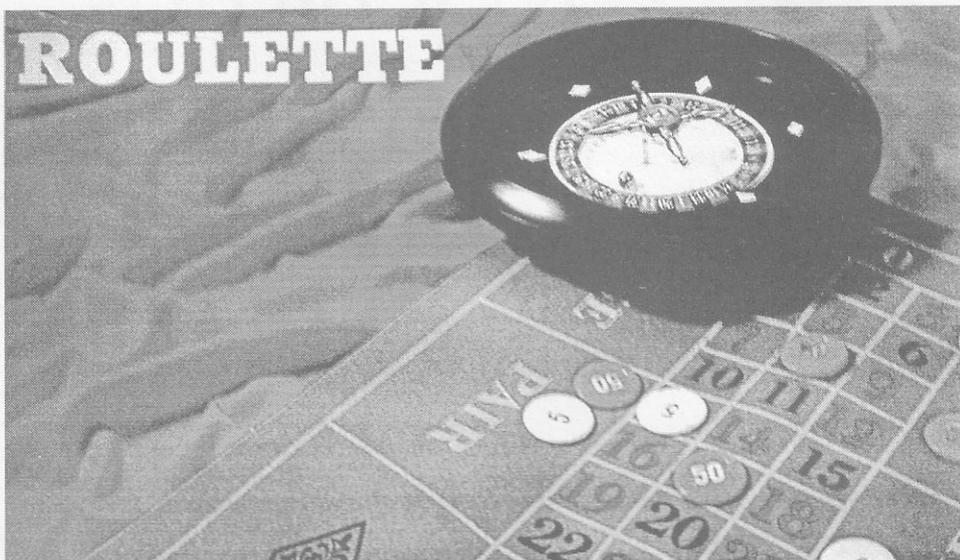
Denn, wendet sich der derzeit negative Trend nicht in drei oder sechs Jahren ins Positive, dann hat Solingens Kämmerer Ernst Schneider einige Millionen Euro bei Zins-Swap (Tausch)-Wetten in den Sand gesetzt. Nach derzeitigem Stand beträgt der Verlust bei zwei solcher Zinsentwicklungswetten schon drei Millionen Euro. Und obwohl Ernst Schneider, der Initiator dieser riskanten Spread-Ladder-Swap-Geschäfte, bei denen auf einen bestimmten Abstand (Spread) zwischen einem zweijährigen zu einem zehnjährigen Zinssatz gesetzt wurde, selbst zugibt, dass „aufgrund der seit Ende 2004 atypischen Entwicklung der Zinsspread davon auszugehen ist, dass bei diesem Geschäft Verluste realisiert werden müssen“, wird zumindest beim Entsorgungsbetrieb der Stadt mit erhöhtem Risiko weiter gezockt. Während der städtische Vermögensbetrieb auf die zu erwartenden Probleme mit einer Begrenzung des Zinsrisikos und der Laufzeit reagierte, verlängerte der Entsorgungsbetrieb sogar die Laufzeit um drei Jahre, ohne das Risiko zu begrenzen. Zwar hofft man hierbei, dass sich der negative Trend in einem längeren Zeitraum doch noch verbessern könnte, aber genauso gut könnte sich der Verlust auch weiter erhöhen.

In anderen Städten, denen es im Übrigen generell verboten ist, sich an Spekulationen zu beteiligen, kam es bei diesen Geschäften bereits zu erheblichen Verlusten. In Hagen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes der Untreue und in Würzburg klagen die Stadtwerke gegen die Deutsche Bank wegen „arglistigen Beraterschuldens“.

Laut Solinger Tageblatt beabsichtigt der hiesige Kämmerer allerdings nicht, gegen die auch hier „beratende“ Deutsche Bank vorzugehen. Solche Geschäfte kämen für ihn zwar aus heutiger Sicht nicht mehr in Frage, aber einen Beratungsfehler nachzuweisen sei schwierig, heißt es.

In der Ratssitzung vom April dieses Jahres behauptete Ernst Schneider noch, dass solche Geschäfte kein höheres Risiko bergen würden als herkömmliche Festsatzkredite. Die von VBS und EBS vorgenommenen „Droh-Verlust-Rückstellungen“ verschleierte er gegenüber dem Rat dabei als „erfolgswirksame Rückstellungen“.

Diese Zins-Swap-Vereinbarungen gehören allgemein zur Kategorie der Derivatgeschäfte, mit denen viele verschuldete Kommunen



seit einigen Jahren versuchen, ihre Zinsbelastung zu senken. Sie werden als „abgeleitet“ bezeichnet, weil es sich hierbei nicht um eigenständige reale Geschäfte, sondern um rein rechnerische Transaktionen handelt, bei denen die Städte gegenüber Banken auf eine bestimmte Entwicklung etwa der Zinsen auf dem Kapitalmarkt, der Kurse von Devisen, wie dem Schweizer Franken im Verhältnis

die Stadt. Verringert sich der Abstand zwischen den beiden Zinskurven, oder verschlechtern sich die vermeintlich niedrigen Zinsen sogar derart, dass sie höher werden wie die ursprünglich für teuer gehaltenen langfristigen Kredite, dann verliert die Stadt Millionen. Letzteres ist bei den erwähnten Zinsswapgeschäften in Solingen aktuell der Fall.

Derivate (derivat = lateinisch: Ableitung)

sind verkäufliche Vertragsbeziehungen; beispielsweise erwirbt man mit dem Kauf einer Option von einem Vertragspartner das Recht, zu einem jetzt vereinbarten Preis ein Wertpapier in der Zukunft zu kaufen oder zu verkaufen. (Die Zeit, 18.04.07)

Swap

(gesprochen: swop) nennen Banker einen Zinstausch. Hier werden feste gegen variable Zinssätze getauscht, oder niedrigere gegen hohe. Auf einen solchen Zinstausch lassen sich an den weltweiten Geldmärkten wiederum Schuldner ein, die entweder an anderen Laufzeiten interessiert sind oder auf günstige Zinssätze spekulieren. Für die Kreditinstitute fallen hier beträchtliche Gebühren an (WDR.de-Wirtschaft, 25.04.07)

zum Euro setzen. Der Handel mit den Banken, die solche Derivate den Kommunen natürlich nicht uneigennützig anbieten, besteht im Prinzip in einer Wettoption, darüber ob sich ein Kurs oder Preis so oder anders entwickelt. Beim Zinstausch (Swaps) tauscht die Bank den hohen Zins einer lang laufenden Schuld der Stadt, mit den günstigeren Zinsen für aktuelle kurzfristige Kredite. Bleibt der vom Stadtkämmerer geschätzte Abstand zwischen den teureren Zinsen langfristiger Schulden und den vereinbarten günstigeren aktuellen Zinsen über den vereinbarten Zeitraum, z.B. wie in Solingen beim EBS bis zum Jahr 2013, gleich oder geht er sogar noch weiter auseinander, dann gewinnt der Kämmerer und

Der Essener Professor für Finanzwirtschaft Rainer Elschen vergleicht dieses „Swappen“ mit „Roulette“. Der WDR-Wirtschafts- und Finanzjournalist Johannes Nitschmann gar bezeichnet die Swapperei als „Glücksspiel mit Zinssätzen“ und „Zinszockerei“. Die Zeit kritisiert Derivatgeschäfte, weil in der Regel der Gewinn den Hedgefonds zugute käme und warnt, weil der Umfang der schwebenden Derivatgeschäfte ein Vielfaches des Welthandels mit Waren und Gütern betrage. Der Spiegel kommentiert die zunehmenden Abschlüsse solcher Verträge mit dem Titel „Kämmerer im Zockerrausch“.

Frank Knoche



ATOMAUSSTIEG SELBER MACHEN!!

Schon für 1,65 Euro mehr ist der Umstieg auf „grünen“ Strom zu haben

	Greenpeace energy eG	EWS Schönau GmbH	Lichtblick GmbH	Naturstrom AG	Stadtwerke Solingen GmbH (Tarif SWS-classic)
Preis pro kWh	19,9 Ct	19,9-21,69 Ct.	18,98 Ct.	19,25 Ct.	17,81 Ct.
Monatl. Grundgebühr	9,50 Euro	5,90 Euro	7,08 Euro	7,95 Euro	6,88 Euro
Strommix (Rest EEG-Anteil)	63 % Wasser, 0,5 % Wind, 0,8 % Sonne, 0,2 % Bio- masse, 24 % KWK	64 % Wasser 27 % KWK	76 % Wasser 14 % Biomasse	90 % Wasser	23,2 % Kernkraft 59,8 % foss. + sonst, 17 % erneuerbare Energien
Single, 1500 kWh/Jahr	34,4 Euro	30,8 Euro-33 Euro	30,8 Euro	32 Euro	29,15 Euro
2 Erw./1 Kind, 3200 kWh/Jahr, Euro/Monat	62,6 Euro	58,96 Euro-63,74 Euro	57,7 Euro	59,3 Euro	54,4 Euro
Eigentümer	Genossenschaft	GmbH mit vielen Gesell- schaftern aus Schönau	GmbH mit einer privaten Gesellschafterfamilie	AG mit rund 800 Ak- tionären	49,9 % MWV Mannheim, 50,1 % Stadt Solingen
Internet	www.greenpeace-energy.de	www.ews-schoenau.de	www.lichtblick.de	www.naturstrom.de	www.sws-solingen.de

Der persönliche Ausstieg aus der Atomkraft bzw. der fossilen Energieversorgung durch den Wechsel des Stromlieferanten erscheint Vielen immer noch als schier unlösbares finanzielles Problem. Dabei sind die Mehrkosten bei genauer Betrachtungsweise nur um Weniges höher als bei gängigen Stromlieferanten (s. Tabelle). Die vier von der Initiative www.atomausstieg-selber-machen.de (u.a. BUND, BBU, DNR, Greenpeace, IPPNW, NABU, Robin Wood, WWF, Xtausendmal quer) vorgeschlagenen Ökostromer wurden nach drei Auswahlkriterien gewählt: 1. Es besteht keinerlei eigentumsrechtliche Verflechtung mit einem Stromkonzern; der Atom- oder Kohlekraftwerke betreibt oder mit Strom aus diesen Quellen handelt. 2. Es wird ausschließlich „Grüner Strom“ geliefert. Der Strommix des Anbieters, wie er in der Stromkennzeichnung anzugeben ist, muss mindestens zu 50 % aus erneuerbaren Energien stammen. 50 % dürfen aus gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen stammen. 3. Alle Stromkunden in Deutschland müssen zu den genannten Anbietern wechseln können.

„Ökostrom“ wird zwar auch von anderen Stromanbietern angeboten, allerdings ist dieser im Normalfall wesentlich teurer als der von reinen Ökostromern. Der z.B. von den Stadtwerken Solingen angebo-

tene Tarif „energreen classic“ verspricht zwar, dass der gesamte Gewinn in erneuerbare Energien investiert wird, kostet aber für eine zweiköpfige Familie + Kind stolze 67 Euro im Monat (Berechnung nach www.stromauskunft.de). Auch Anbieter wie Yello Strom oder eon bieten zwar Ökostromtarife an, doch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass damit trotzdem Atomkonzerne unterstützt werden. Negativbeispiele sind auch Angebote wie etwa Aqua-Power von eon Bayern, die einfach ihr seit Jahren bestehendes Angebot von Strom aus Wasserkraft als teuren Ökostrom verkaufen. Wichtig bei der Auswahl sollte vielmehr sein, dass der Strom möglichst aus Neuanlagen stammt und der Gewinn so nicht in die Taschen der Konzerne, AktionärInnen oder PolitikerInnen wandert, sondern in die Verbreitung regenerativer Anlagen gesteckt wird.

Ernie

Kontaktadresse:

ZukunftsWelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtsparkasse Solingen

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern

Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN

DIE LOBBY, DAS KLIMA UND DER GRÖSSENWAHN AUF RÄDERN

Anfang dieses Jahres fanden sich BMW, Daimler, VW, Porsche und Co. plötzlich in der Schmutzdecke wieder. Mitten in der Debatte um Klimaschutz hatte die Lobby wirksame Maßnahmen der EU-Kommission zum Klimaschutz verhindert. Seither sind Abgaswerte offenbar kein Thema mehr in den Medien. In der Politik ist es still geworden um das Thema Klimawandel.

Die erfolgreiche Autolobby

Ursprünglich plante die EU-Kommission den Treibstoffverbrauch europaweit durch Regelungen und Grenzwerte zu senken. Das hätte in erster Linie die Hersteller getroffen, die gezwungen worden wären, effizientere Autos zu bauen. Doch das Vorhaben scheiterte an Industriekommissar Verheugen, Wirtschaftsminister Glos, SPD-Chef Beck, Verkehrsminister Tiefensee und anderen. Die Deutschen machen sich für Regelungen stark, die angenehmer für die Automobilindustrie sind – und blockierten die EU. Vor der geballten Macht der deutschen Autonarren knickt Kommissionschef Barroso ein. Ein gelungener Coup für die Konzerne – fatal für das Klima. Es wird keinen Grenzwert geben, Biosprit soll den Durst der Motoren stillen, Ökofahrkurse und andere Maßnahmen sollen das Gewissen beruhigen. Es wird weiter keinen wirklichen Anreiz geben, sparsame Autos zu bauen.

Auf politischer Ebene perfekt gelaufen, doch die öffentliche Auseinandersetzung lief für die Autobauer schlecht. Bernd Gottschalk, der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) enttäuschte in der Debatte und die Autobauer mussten ihn zurücktreten. Er habe die „Bemühungen“ der Konzerne um umweltfreundliche Autos nicht ausreichend betont, so der Vorwurf. Von ihm wurde verlangt, das selbstgefällige Bild, wie es auf der Internetseite des VDA wiedergegeben ist, erfolgreich zu vertreten:

„Die deutsche Automobilindustrie ist führend bei der Senkung des Kraftstoffverbrauchs und Steigerung der Effizienz. ... Die deutsche Automobilindustrie bekennt sich eindeutig zum Klimaschutz.“ (www.vda.de)

Die Autobauer untermauern diese Aussage natürlich durch trickreiche Zahlenspielerien. Dass sie in den letzten Jahren mit großem Aufwand auf das so genannte „Premium-Segment“ also die protzigen Schlitten gesetzt haben statt auf umweltfreundliche, wird selbstredend nicht erwähnt. BMW, Daimler, VW, Porsche und Co. möchten sich als Vorreiter des Klimaschutzes sehen, eine Absicht, die angesichts ihrer Fahrzeugflotten lächerlich anmutet.

Nachfolger für den geschassten Präsidenten Gottschalk ist ein gewisser Herr Matthias Wissmann. Wir erinnern uns: er war in den Jahren 1993-98 Verkehrsminister und ist seit 2002 „Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union“. (www.bundestag.de).

Er scheint für den VDA der richtige Mann zu sein für die Auseinandersetzung mit dem widerborstigen EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Der dreiste Kommissar hatte es gewagt, die deutsche Autobranche als rück-

ser Pass auch die Nutzlast mit ein, was dazu führt, dass ein Monstertruck plötzlich als umweltfreundlich gilt. Wer also einen Wagen mit 350 PS kauft, kann ein ruhiges Klimagewissen haben, denn er kann damit ja auch sinngemäß zwei Tonnen Zeug transportieren. Das versteht außer dem ADAC zwar niemand, aber das stört den Herrn Minister nicht weiter. Offenbar denkt Herr Tiefensee über seine Amtszeit hinaus und sammelt wie sein Vorgänger Wissmann jetzt schon mal Punkte bei seinem zukünftigen Arbeitgeber, dem VDA.



ständig zu bezeichnen, weil sie nicht im Stande sei, Fahrzeuge auf den neuesten Stand der Abgastechnik zu bringen. Tatsächlich stehen besonders die deutschen Autobauer auf der Bremse. Eine Tradition, die wir von der Auseinandersetzung um Katalysator, Tempolimit, Ökosteuer und Rußfilter kennen und die sich nun in der Verbrauchsdebatte fortsetzt. Naturgemäß hört der VDA diese Wahrheiten nicht gerne, vor allem nicht öffentlich.

Wenn es um nationale Regelungen geht, verweist der Verband gerne nach Brüssel, wohl wissend, dass ohne Deutschland dort keine Entscheidungen getroffen werden können. In der Heimat der Autobauer läuft es weiterhin wie geschmiert. Für die deutsche Politik bleibt die Autoindustrie ein goldenes Kalb, das Auto des Deutschen liebstes Kind und Freiheit findet in erster Linie auf den Autobahnen statt. Auch der jetzige Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee ist einer der Ihren. Zur Beschwichtigung der kritischen Mehrheit und unter Beifall des ADAC verkündete er seine Idee, noch in diesem Jahr einen „Klima-Pass“ einzuführen, damit die Verbraucher sich über den Ausstoß an CO₂ ein Bild machen können. Nach seinen Vorschlägen bezieht die-

Kein Klimawandel im SPIEGEL

Das Wetter wird extremer und unser Klima wandelt sich. Selbst unverbesserliche Optimisten und Skeptiker fühlen sich angesichts der direkten Folgen unbehaglich oder werden nachdenklicher. Es gibt jedoch noch Unbelehrbare, denen kurzfristiges Profitstreben wichtiger ist als alle Vorsicht. Zum Beispiel ist für die SPIEGEL – Redaktion die Debatte um das Klima einfach nur Hysterie. In seiner Ausgabe Anfang Mai titelte das Magazin in BILDmanier „Hilfe die Erde schmilzt“ und versuchte darin, alle Meldungen über Erderwärmung als Panikmache zu entlarven. Der SPIEGEL-TV Beitrag vom 29. April zum selben Thema trug den Titel „Wir gehen doch nicht unter“ und wurde natürlich von Chefredakteur Aust persönlich im Privatfernsehen moderiert. In den Berichten stellten eine handvoll Wissenschaftler die Behauptung auf, dass der vom Menschen hervorgerufene Klimawandel und seine Folgen erlogen seien. Dazu kritisierten sie Details in Klimamodellen, bemängeln ungenaue Prognosen und dementieren den Zusammenhang zwischen CO₂ und Klimawandel, um anschließend zu be-



haupten, dass der Klimawandel und die CO₂-Zunahme dem Ökosystem zuträglich sei. Kurz gesagt: sie dementieren, dass es einen Grund gibt weniger CO₂ auszustoßen und sprechen sich indirekt gegen jede Regelung in Sachen Klimaschutz aus. Als Kronzeuge tritt Lord Monckton auf, der ehemalige Sonderberater von Margaret Thatcher. Für den alten Herrn steckt hinter der Klimadebatte eine Verschwörung von politisierten Wissenschaftlern, Lobbygruppen und Bürokraten, die hauptsächlich darauf aus sind, öffentliche Gelder zu bekommen und deshalb Panik schüren. SPIEGEL-TV ließ die Interviews unkommentiert, abweichende Meinungen fehlten vollständig, widersprüchliche Ansichten der „Forscher“ wurden ignoriert und kritische Fragestellungen fanden nicht statt. Die Zukunft fossiler Brennstoffe war kein Thema und auf die Frage nach dem „Danach“ wurde ebenso verzichtet, wie auf die nach dem Sinn von Energieverschwendung. Warum Herr Aust das Thema derart einseitig präsentierte, könnte der Lust geschuldet sein, um jeden Preis gegen den Trend zu sein. Oder der SPIEGEL hat handfeste ökonomische Interessen und will seine zahlreichen Werbekunden aus Automobil-, Energie- und Touristikindustrie zufrieden stellen. In Anbetracht von ganzen 11 Seiten Werbung rund ums Auto (Ausgabe 20/2007) wäre diese Rücksicht auf Anzeigenkunden ein nicht weiter verwunderliches Armutszeugnis der Medien.

Der Größenwahn

Monstertrucks sind riesige Gefährte, die ausschließlich dazu geeignet sind, mit ihren riesigen Reifen vor einfühltem Publikum andere Autos niederzuwalzen. Das weiß jedes Kind. Nicht anders verhält es sich mit den Straßenversionen dieser pubertären Potenzträume auf Rädern. Sie werden SUV genannt, das spricht sich englisch „es-iu-wi“ und nicht „suff“ aus (auch wenn das naheliegender wäre). Den dazugehörigen Fahrzeugpark liefern die innovativen deutschen Autokonzerne. Wir fragen uns, warum sie mit aller Macht die Monstertrucks entwickelt und beworben haben, obwohl sie doch so engagiert in Sachen Klima sind? Wollen sie dem direkten Weg der amerikanischen Automobilindustrie in den Untergang folgen? Oder haben sie früh erkannt, dass die Konkurrenz an der Zapfsäule härter wird und folglich schweres Gerät erfordert? Sie produzieren jedenfalls Monstertrucks für den alltäglichen

Überlebenskampf auf den Straßen, Autobahnen und Parkplätzen. Doch sind deutsche Konsumenten noch nicht sportlich genug, um die Möglichkeiten der SUV auf den Straßen auszukosten. Die Mehrzahl der Fahrer und Fahrerinnen sind mit der Bestimmung dieser paramilitärischen Fahrzeuge leicht überfordert, wie aufmerksames Beobachten zeigt. So suchen sie gehetzt stundenlang Innenstädte nach mindestens drei freien Parkplätzen in Folge ab, um dann festzustellen, dass der Wagen für einen Parkstreifen zu breit ist. Angstvoll stehen sie dann vor der Einfahrt eines Parkhauses und ziehen beim Einfahren den Kopf ein. Völlig genervt verbrennen sie 50 Liter Sprit auf dem Parkplatz vor dem Reitsportgeschäft beim Versuch, dem für sie unsichtbaren Poller auszuweichen. Geradezu panisch finden sie sich im Straßengewirr wieder und stellen bei dieser Gelegenheit mit herausquellenden Augen fest, wie breit 2 Meter Auto sind und wie schmal 2 Meter Fahrspur. Das muss nicht sein. Sie besitzen doch einen Sportwagen!

Was den stolzen BesitzerInnen fehlt ist, der wahre Geist, der in den Fahrzeugen steckt. Für Angst und Panik im Fahrzeug ist das SUV nicht gebaut. Es ist ein Sports Utility Vehicle, da ist Action (Äckschn) angesagt und kein zaghaftes Rumgeschleiche! Einparken ist was für Kleinwagen, die großflächigen Rückspiegel dienen ausschließlich dem genussvollen Blick auf herabregnende Trümmer! Ab 200 PS schiebt man sich Altstadt und Autobahn frei, niedrige Fahrzeuge werden wahlweise überrollt und Häuserecken rundgefahren. Nur keine falsche Bescheidenheit: es muss schep-pen, krachen, splintern – dazu hat man teuer

Deutsche Monstertrucks

„Die deutsche Automobilindustrie ist führend bei der Senkung des Kraftstoffverbrauchs und der Steigerung der Effizienz.“ (www.vda.de)

Zum Beispiel die SUV – (Sports Utility Vehicle oder Sehr Unsinnige Verkehrsmittel): Audi Q7, BMW X5, Mercedes M und GL Klasse, Porsche Cayenne, VW Touareg.

Technische Daten aller Modelle:

Hubraum zwischen 2,9 und 6 Litern, Gewicht min. 2 Tonnen, Höchstgeschwindigkeit zwischen 205 und 250 Km/h, Preis ab 48.000 bis über 100.000 Euro, Breite min. 1,9 Meter, Länge ca. 5 Meter, Wendekreis (Mercedes) 12 Meter, über den Verbrauch gibt es keine verlässlichen Angaben.

2006 wurden rund 60.000 dieser Monstertrucks in Deutschland zugelassen und allein im März diesen Jahres 6223!

2,5 Tonnen Blech und den Airbag für den Hund bezahlt. Denken Sie im Fahrbetrieb einfach nur: Ich habe eine Mission und draußen ist Bagdad. Weitere Tipps zum angemessenen Verhalten in SUVs können sie einschlägigen Computerspielen oder dem Privatfernsehen ihres Vertrauens entnehmen.

Doch sollten sie ungeschützt einem SUV begegnen, denken sie an das alte chinesische Sprichwort: Es ist sicherer, in einem Mercedes zu sitzen, als darunter zu liegen. Auf die Form der Gefährte angepasst, sollte es eher lauten: „... als am Kühlergrill zu kleben.“ Viel Spaß.

sj



Hagü Weber Tel.: 7 48 09
Freibad Aufderhöhe:
 Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42
Gruppe International im Frauenverband
 Café Courage, Tel.: 27 36 35
haus: Tel.: 5 45 00
helfen Frauen: Albrechtstr. 12, Tel.: 55470
Panther: Eiland 17, 42651 Solingen
ationsbüro Nicaragua:
 h: 10 13 20, 42013 Wuppertal
telefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08
icherheit gegen Gewalt:
 t: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23
Bergischer Naturschutzverein:
 n-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de
 t: Thomas Bloss, Tel.: 230 97 77
er Stammtisch:
 20h im Cobra, Merscheider Straße 77-79
r Appell/Forum gegen Krieg und
mus: c/o: Café Courage,
 t: solinger-appell@operamail.com
 o. 21.06.07, 20 h, dann 14-tägig
beitslosenzentrum SALZ:
 tpassage, nahe Zugang Parkhaus (7 10 41)
assismus: Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37
g W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de
 h 13 06 55, 42033 Wuppertal,
s: www.tacheles-solingen.de
 é Courage, Klemens-Horn-Straße 3,
 Solingen, tachelesSG@wtal.de
ring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat
 (Sommerferien und Dez.), 19.30 h, Eine-Welt-
 Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39
 t: SALZ, Tel.: 710-41/42
cher Volksverein:
 eenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45
 ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.: Saz-
 7.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore
tützerkreis Stolpersteine
 é Courage, Klemens-Horn-Straße 3,
 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,
 12/ 31 81 30
Bund der Antifaschisten:
 é Courage, Klemens-Horn-Straße 3,
 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,
 12/ 31 81 30
ankunftswelten: Kontakt: Familie Thom,
 hnkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07 96

08.06.2007	19:00	Senioren-Stimme
09.06.2007	18:00	Rückblende
09.06.2007	19:00	Urlaubsreif
10.06.2007	18:00	Bass Line
10.06.2007	19:00	Metal Inquisition
11.06.2007	19:00	WMTV
12.06.2007	19:00	Country Factory
13.06.2007	19:00	Money Money
14.06.2007	19:00	Radio DMW
15.06.2007	19:00	Blues-Mobil
16.06.2007	18:00	Ohrwerk
16.06.2007	19:00	Catalpa
17.06.2007	18:00	Tier & Partner
17.06.2007	19:00	Bücher, Leser, ...
18.06.2007	19:00	Stechuhr
19.06.2007	19:00	1904
20.06.2007	19:00	Subotnix
21.06.2007	19:00	Platform FM
22.06.2007	19:00	Radio JAM
23.06.2007	18:00	Film ab
23.06.2007	19:00	Hangkge- schmedden
24.06.2007	18:00	Metal Inquisition
24.06.2007	19:00	Snap
25.06.2007	19:00	Grüne Welle
26.06.2007	19:00	Kreuzblende
27.06.2007	19:00	Cowclub-Radio
28.06.2007	19:00	FairPlay / 2 Männer & Ich

**Nicht gucken
 mitmachen bei
 der tacheles!**

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:

dienstags alle 14 Tage: 17-19 Uhr

freitags: 13-15 Uhr

außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für
 Veranstaltungen und Feste gemietet werden.